

Knipper, Michael

Article — Published Version

Bauwirtschaft 2008: Vorsichtiger Optimismus überwiegt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Knipper, Michael (2007) : Bauwirtschaft 2008: Vorsichtiger Optimismus überwiegt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 87, Iss. 12, pp. 781-783, <https://doi.org/10.1007/s10273-007-0735-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42896>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2008

Der Aufschwung 2007 stützte sich in Deutschland vor allem auf die Investitionsnachfrage, 2008 könnte eine gestärkte Binnennachfrage hinzukommen. Mit einem geschätzten Wachstum von 2,4% in diesem und 2,1% im nächsten Jahr wird für die Gesamtwirtschaft eine positive konjunkturelle Entwicklung erwartet. Wie schätzen die einzelnen Wirtschaftsbereiche ihre Aussichten ein?

Kunibert Schmidt

Autoindustrie auf Wachstumskurs

Das Autojahr 2007 bietet wie auch das Jahr zuvor ein gespaltenes Bild – und die Spaltung hat sich womöglich noch verschärft: Während der Export brummt, bleibt die Inlandsnachfrage zurückhaltend. Die gewerblichen Zulassungen legten zu und die privaten Kunden hielten sich immer noch zurück.

Dennoch hat die deutsche Automobilindustrie erhebliche Erfolge erzielt: Nahezu 5,7 Mio. Pkw bedeuten einen neuen Produktionsrekord. Und auch bei den Nutzfahrzeugen wurden neue Rekordwerte in allen Klassen, vom leichten bis zum schweren Lkw erreicht. Das alles hat für neue Jobs gesorgt: Die Beschäftigung in der deutschen Automobilindustrie ist seit Jahresanfang bis zum September um 8000 Arbeitsplätze auf insgesamt 748 000 Mitarbeiter gestiegen, wobei allein die Zulieferer 5000 neue Stellen geschaffen haben. Beim Anhänger- und Aufbautenbereich kommen 2000 weitere hinzu, und auch die Hersteller von Automobilen haben 1000 neue Leute eingestellt. Die wirtschaftlichen Kennzahlen sind ebenfalls positiv: Der Umsatz steigt in diesem Jahr um über 7% auf knapp 290 Mrd. Euro (2006: 270 Mrd. Euro).

Wichtigster positiver Faktor war 2007 der Export: drei von vier in Deutschland gefertigten Pkw werden ausgeführt. Mit etwa 4,3 Mio. Pkw wurde ein neuer Exportrekord erreicht. Die deutschen Hersteller konnten auf den Weltmärkten zulegen. Ihr Marktanteil (ohne Chrysler) stieg in den ersten zehn Monaten in Großbritannien um 1,2 Prozentpunkte auf 47,5%, in Frankreich legten sie ebenfalls um gut einen Prozentpunkt auf 28,4% zu. In Osteuropa konnte der hohe Marktanteil von gut 44% gehalten werden. Der Export nach Russland wurde nahezu verdoppelt und der Marktanteil von 9 auf 14% gesteigert. Auch der Absatz in China ist um 36% gestiegen, der dortige Marktanteil kletterte auf fast 20%. Zählt man Auslandsproduktion und Exporte nach China zusammen, kommt man auf nahezu 1 Mio. Pkw für 2007, ein Plus von 27%. Damit ist China für unsere Hersteller inzwischen nach Deutschland der stückzahlmäßig zweitwichtigste Markt. Zum Vergleich: In die USA werden 2007 gut 900 000 deutsche Fahrzeuge verkauft. Dort ist der Absatz deutscher Wagen in einem schwachen Markt gegen den Trend gewachsen, sowohl bei Cars als auch bei Light Trucks – trotz Gegenwinds von der Währungsfront. In der länger-

fristigen Betrachtung werden die Veränderungen noch deutlicher: In den letzten zehn Jahren wurden die Pkw-Exporte um 50% gesteigert und die Auslandsproduktion um rund 85%, die Inlandsproduktion legte um über 20% zu.

Der Nutzfahrzeug-Boom der letzten Jahre hielt auch 2007 weiter an, die Hersteller haben Rekordwerte beim Export, der Produktion und bei den Neuzulassungen in Deutschland vorzuweisen. Der Auftragsbestand bei leichten Nutzfahrzeugen liegt um 30% über dem Vorjahreswert, bei den schweren Nutzfahrzeugen hat er sich fast verdoppelt. Die Werke arbeiten an der Kapazitätsgrenze und sind zu über 100% ausgelastet.

Das alles heißt: Die deutsche Autoindustrie ist weiter auf Wachstumskurs – auch ohne die Stütze eines robusten Inlandsmarktes. Mit rund 3,15 Mio. Pkw-Neuzulassungen liegt dieser allerdings auf einem Niveau, das das niedrigste seit der Wiedervereinigung ist. Dies ist ein Rückgang um 9% gegenüber 3,47 Mio. Pkw 2006. Allerdings müssen die Besonderheiten des Jahres 2007 berücksichtigt werden, wenn man die Bilanz richtig interpretieren will. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wirkt

von verschiedenen Seiten: Zum einen bewirkte im ersten Quartal der Vorzieheffekt einen Rückgang um 100 000 Neuzulassungen. Zum anderen liegt das vierte Quartal 2007 im Vorjahresvergleich aufgrund des statistischen Basiseffekts zweistellig im Minus – das sind voraussichtlich weitere 80 000 Neuzulassungen. Hinzu kommt die von der Politik induzierte Verunsicherung der privaten Haushalte – Stichwort Kfz-Steuer und Fahrverbote. Und der kräftige Anstieg der Mobilitätskosten wirkt natürlich ebenfalls als deutliche Bremse: Bereits in den Jahren 2005 und 2006 haben die gestiegenen Kraftstoffpreise zu einem Kaufkraftentzug von insgesamt über 10 Mrd. Euro geführt. In diesem Jahr kamen noch einmal 4 Mrd. Euro hinzu. Allein in den letzten zwölf Monaten (Nov. 2007/Nov. 2006) ist der Preis für 1 Liter Superbenzin um 18% auf 1,43 Euro gestiegen, der Liter Diesel hat sich um 23% auf 1,33 Euro verteuert. Und die Mehrwertsteuererhöhung verteuerte nicht nur der Kraftstoff um durchschnittlich 4 Cent pro Liter, sondern auch die übrigen Autokosten, von der Pkw-Anschaffung bis hin zu Reparatur und Wartung, sind davon betroffen. Mit der Mehrwertsteuer wurde die Versicherungsteuer von 16 auf 19% angehoben. Auch diese Maßnahme trifft die Autofahrer in besonderer Weise. Umso wichtiger ist die gewachsene Nachfrage nach Firmenwagen, der klassischen Domäne der deutschen Hersteller.

Perspektiven für 2008

Der Kauf eines Pkw stellt nach dem Eigenheim nach wie vor die wichtigste Konsumententscheidung der privaten Haushalte dar. Die Verbraucher werden ihre Verunsicherung deshalb nur abbauen, wenn sie klare und positive Signale erhalten. Die Chancen sind da: Der Auftragseingang für Pkw aus dem Inland hat sich seit einigen Mona-

ten deutlich belebt, im November liegt er bei 20%. Das gibt Perspektive für das Jahr 2008. Dazu gehört aber, dass die Politik nun die Reform der Kraftfahrzeugsteuer endlich auf den Weg bringt. Um wieder Vertrauen bei den Bürgern aufzubauen, sollte sie einfach und nachvollziehbar in der Ausgestaltung sein. Bund und Länder sind aufgefordert, umgehend eine tragfähige Lösung zu erarbeiten, die sich am CO₂-Ausstoß ausrichtet und be-

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Dr. Kunibert Schmidt, 62, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt/Main.

Michael Knipper, 54, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Berlin.

Gotthard Graß, 50, ist Hauptgeschäftsführer des ZVEI – Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronik Industrie e.V. in Frankfurt/Main.

Dr. Wilfried Sahn, 64, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) in Frankfurt/Main.

Dr. Ralph Wiechers, 48, ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

Dr. Axel Pols, 41, leitet den Arbeitsbereich Marktforschung und Außenwirtschaft beim Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) in Berlin.

sonders sparsame Neuwagen von der Kfz-Steuer befreit. Auch bei der Entfernungspauschale besteht Handlungsbedarf, nachdem der Bundesfinanzhof ernsthafte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Streichung der Entfernungspauschale für die ersten 20 Kilometer der Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte angemeldet hat. Bei einer Entfernung von 25 Kilometern beträgt die Mehrbelastung knapp 400 Euro pro Jahr. Damit könnte man den Sprit für über 4000 Kilometer bezahlen. Die Streichung der Entfernungspauschale umgehend rückgängig zu machen, würde eine höchst umstrittene Steuervorschrift beseitigen und einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit leisten.

All die vorgenannten Rahmenbedingungen betreffen die Kunden der Automobilindustrie. 2008 werden aber mit den europäischen Vorgaben für die CO₂-Emissionen, die ab dem Jahr 2012 gelten sollen, entscheidende Weichen für die Automobilindustrie selbst gestellt. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie erhalten werden soll, dann erfordert dies zu allererst eine Umsetzung der für den EU-Flottendurchschnitt definierten Zielwerte, die die Unterschiede zwischen den Fahrzeugherstellern respektiert. Ein Hersteller, bei dem das Verhältnis zwischen Klein- und Kompaktfahrzeugen auf der einen, größeren Fahrzeugen auf der anderen Seite drei zu sieben übersteigt, kann nicht die gleiche Zielvorgabe erhalten wie ein Hersteller, bei dem diese Relation genau umgekehrt ist. Ein gewichtsbasierter Ansatz, der unterschiedlichen Fahrzeugen unterschiedliche Zielwerte zuweist, ist daher die richtige Lösung, über die im kommenden Jahr diskutiert werden wird. Schließlich ist ein realistischer Zeitplan zur Einführung der Regulierung notwendig: So

nachvollziehbar es ist, neue Modelle an den künftigen Standards zu messen, so fragwürdig wäre es, Hersteller für das Abschneiden solcher Fahrzeuge zu sanktionieren, die sich bereits heute im Markt befinden und bei denen auch mit allen technischen Anstrengungen keine fundamentale Veränderung im Verbrauchsverhalten mehr erreichbar ist.

Angesichts dieser politischen Fragezeichen ist für 2008 Vorsicht bei der Prognose geboten: Vor dem Hintergrund einer steigenden Beschäftigung in Deutschland und einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen erwartet der VDA für das kommende Jahr ein leichtes Plus bei den Pkw-Neuzulassungen und rechnet mit mindestens 3,2 Mio. Einheiten. Das ist eine bewusst

konservative Prognose, denn wichtige Faktoren, die sich negativ auf den Absatz in Deutschland auswirken – vor allem der Rohölpreis, haben in ihrer Heftigkeit nicht nachgelassen. Falls sich die politischen Rahmenbedingungen verbessern und Planungssicherheit wieder hergestellt ist, dürfte auch etwas mehr als die anvisierten 3,2 Mio. Pkw drin sein.

Michael Knipper

Bauwirtschaft 2008: Vorsichtiger Optimismus überwiegt

Die deutsche Bauwirtschaft bleibt trotz zunehmender gesamtwirtschaftlicher Risiken noch auf Erholungskurs. Die positive Erwartungshaltung zeigt sich in der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Jeweils vier von fünf befragten Bauunternehmen

- beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage als gut oder zumindest befriedigend,
- erwarten für 2008 eine bessere oder gleiche Geschäftslage wie im Vorjahr,
- wollen ihre Investitionen auf dem Niveau des Jahres 2007 beibehalten oder steigern und
- planen eine Ausweitung, zumindest aber Stabilisierung ihrer Belegschaften.

Der deutschen Bauwirtschaft ist es 2007 gelungen, das hohe Wachstumstempo des Vorjahres nahezu beizubehalten. Die Bauinvestitionen legten in den ersten drei Quartalen preisbereinigt um 4,1% zu. Allerdings zeigte sich eine zunehmende Spaltung der baukonjunkturellen Entwicklung in den einzelnen Sektoren:

Die höchste Wachstumsrate für die ersten neun Monate wurde im Öffentlichen Bau mit real 7,1% ausgewiesen. Dieser Sektor profitierte besonders von den äußerst günstigen Witterungsbedingungen im ersten Quartal und der damit einhergehenden intensiven Bautätigkeit, besonders im Tiefbaubereich. Vor allem die Kommunen – mit einem Anteil von 60% nach wie vor bedeutendster öffentlicher Bauauftraggeber – haben die deutliche Verbesserung ihrer Finanzlage dazu benutzt, den langjährigen Rückgang ihrer Investitionstätigkeit umzukehren.

Nur unwesentlich geringer fiel die Wachstumsrate im Wirtschaftsbau mit real 6,5% aus. Hier setzte sich das hohe Investitionstempo des Vorjahres nahezu unvermindert fort. Nach Jahren der Investitionszurückhaltung stoßen viele Branchen des Verarbeitenden Gewerbes bereits seit einiger Zeit an ihre Kapazitätsgrenzen, was sich in Auslastungsgraden jenseits der 90%-Marke niederschlägt und Investitionen anregt. Zudem hat die US-Kreditkrise bisher noch keine größeren Auswirkungen auf den deutschen Kapitalmarkt und damit

auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen gezeigt.

Im Wohnungsbau dagegen wirken sich nun die Vorzieheffekte (Wegfall der Eigenheimzulage, Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer) aus, die für ein starkes Wachstum im Jahr 2006 gesorgt hatten. Die reale Wachstumsrate von 2,2% in den ersten neun Monaten dieses Jahres war ausschließlich auf das äußerst positive erste Quartal mit seinem Überhang an Bautätigkeit aus dem Vorjahr zurückzuführen.

Bauwirtschaftliche Risiken zum Jahresende 2007

Allerdings dürfen die positiven Erwartungen für 2007 und 2008 nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Unternehmen auch weiterhin unter schwierigen Marktbedingungen behaupten müssen. Für uns stehen dabei zum einen die steigenden bzw. stark schwankenden Baustoffpreise, zum anderen aber auch sich allmählich abzeichnende Kapazitätsengpässe im Vordergrund.

Im Durchschnitt der ersten zehn Monate 2007 betrug die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahres-

zeitraum bei Betonstahl in Stäben 8%, bei Bitumen aus Erdöl 7% und bei Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen sogar 11%. Dies ist besonders bedenklich, weil der Materialkostenanteil im Bauhauptgewerbe im Durchschnitt rund 30% ausmacht. Die Unternehmen müssen daher entsprechende Risikozuschläge in ihrer Kalkulation ansetzen. Allerdings verweigern sich öffentliche Auftraggeber weiterhin einer fairen Verteilung der Risiken der Rohstoffpreissteigerungen über Preisgleitklauseln. Es wird nach wie vor ignoriert, dass eine Absicherung des Preisrisikos über die Finanzmärkte bei Projekten mit Laufzeiten von mehr als einem Jahr derzeit nicht möglich ist.

Bei den Baubelegschaften müssen wir mit Engpässen rechnen und Kapazitätsvorsorge treffen. Vor allem bei den Bauingenieuren ist die Arbeitskräftereserve inzwischen fast ausgeschöpft. Die Zahl der arbeitslosen Bauingenieure ist von 13 300 im Januar 2006 auf nur noch 4 500 im November 2007 zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Zahl der Absolventen eines Bauingenieurstudiums 2006 noch einmal um 23% auf 3 350 gesunken. Für die Bauwirtschaft zeichnet sich deshalb eine Bauingenieurlücke ab. Knapp 14% der Unternehmen sind schon 2006 bei der Einstellung von Bauingenieuren auf Probleme gestoßen. Etwa 3 200 Ingenieurstellen sind 2006 in der Bauwirtschaft unbesetzt geblieben. Und zwar unfreiwillig.

Die deutsche Bauwirtschaft wird sich deshalb dem sich abzeichnenden Wettbewerb um die „klügsten Köpfe“ stellen müssen. Es gilt, wieder mehr junge Leute für ein Ingenieurstudium zu interessieren. Dazu müssen wir die latente Technikfeindlichkeit in unserem Bildungswesen überwinden, aber auch die unbestrittene technische Innovationskraft unserer Branche stärker

ins öffentliche Bewusstsein rücken.

Auch die Reserven an gewerblichen Fachkräften nehmen rapide ab. Die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen ist in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit 1994 gesunken. Im November 2007 waren nur noch 122 900 Personen arbeitslos gemeldet, also 7 800 bzw. 5,9% weniger als im Aufschwungjahr 2006. Nun gilt es, Kapazitätsvorsorge zu treffen, insbesondere mit Blick auf die rückläufige Zahl von ausländischen Niedriglohnarbeitnehmern, aber auch für die über 1 000 Baufachkräfte, die jeden Monat allein in Westdeutschland in Rente gehen.

Es ist daher sehr erfreulich, dass die Bauunternehmen ihre Ausbildungsbereitschaft deutlich gesteigert haben. Sie haben zu Beginn des Ausbildungsjahres 2007/2008 mehr als 10 000 neue Lehrverträge abgeschlossen; das sind 10% mehr als zu Beginn des Ausbildungsjahres 2006/2007. Der seit 1995 anhaltende negative Ausbildungstrend ist damit gebrochen.

Baukonjunktur 2008

Dass der baukonjunkturelle Erholungsprozess auch im dritten aufeinander folgenden Jahr anhalten wird, bescheinigen uns die Wirtschaftsforscher. Im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute wird für 2008 ein reales Wachstum der Bauinvestitionen von 1,5% erwartet. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht von einer Wachstumsrate von 1,7% aus. Zwar flacht damit die Zunahme gegenüber den beiden Vorjahren ab, allerdings wird die Bauwirtschaft dennoch das gesamtwirtschaftliche Wachstum stützen.

Auch das Bauhauptgewerbe, das produktionsseitig ein Drittel

der Bauinvestitionen ausmacht, geht mit Optimismus in das Jahr 2008. Ende September 2007 lag der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe mit 21,9 Mrd. Euro um 9% über dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Auftragsbücher sind also gut gefüllt. Dies gilt vor allem für den Wirtschaftsbaubau (+ 17,7%) und – abgeschwächt – für den Öffentlichen Bau (+ 6,4%). Lediglich im Wohnungsbau (- 7,7%) machten sich die beschriebenen Vorzieheffekte ins Jahr 2006 noch bemerkbar.

Wirtschaftsbau

Auch 2008 wird – wie bereits in den beiden Vorjahren – der Wirtschaftsbau der Hauptträger der baukonjunkturellen Entwicklung sein. Die Investitionsbereitschaft der Industrie zeigte sich im Herbst 2007 weiterhin auf einem hohen Niveau. Der Saldo der Investitionspläne der Industrieunternehmen (Anteil der Höher-Meldungen minus Anteil der Geringer-Meldungen) für 2008 lag bei + 21 und damit deutlich höher als im Herbst 2006 (+ 14). Zudem liegt nach Aussage des DIHK das Investitionsmotiv der Kapazitätserweiterung auf Rekordkurs. Während im Herbst 2006 28% aller Unternehmen im Folgejahr Kapazitätserweiterungen planten, waren es im Herbst 2007 bereits 34%.

Der Wert der von Januar bis September 2007 neu genehmigten Wirtschaftshochbauprojekte betrug 12,9 Mrd. Euro. Dies waren immerhin 11,5% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Projektpipeline ist damit – gemessen an den veranschlagten Baukosten – gut gefüllt. Neben den sonstigen gewerblichen Betriebsgebäuden (+ 40%) sowie den Fabrik- und Werkstattgebäuden (+ 13%) legten auch die Genehmigungen für neue Bürogebäude (+ 11%) deutlich zu. Damit hat die

jahrelange Talfahrt beim Bau von Büro- und Verwaltungsgebäuden ein Ende gefunden. Ein positives Signal gibt es auch aus dem Bundeshaushalt. Die Investitionszuschüsse an die Deutsche Bahn AG (die als Auftraggeber zum Wirtschaftsbau gerechnet wird) liegen im Bundeshaushalt 2008 210 Mio. Euro höher als ein Jahr zuvor.

Der Wirtschaftsbau wird also auch 2008 weiter wachsen, allerdings – nach zwei Jahren hoher Steigerungsraten – mit einem verlangsamt Tempo. Die Umsätze des Bauhauptgewerbes werden in dieser Sparte 2008 um nominal 6% steigen.

Öffentlicher Bau

Der Öffentliche Bau profitierte bereits 2007 vom deutlichen Turnaround in den öffentlichen Haushalten. Noch 2003 lag die Neuverschuldung des Staates bei 4% des nominalen Bruttoinlandsproduktes. 2008 wird mit einem ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalt gerechnet. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Steuereinnahmen, der für Zinsausgaben verwendet werden muss, um 2 Prozentpunkte. Dieser neu gewonnene finanzpolitische Handlungsspielraum wird auch 2008 die öffentliche Investitionstätigkeit unterstützen.

Der Bund hat bereits ein Zeichen gesetzt und im Bundeshaushalt 2008 die Verkehrswegeinvestitionen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz um 350 Mio. Euro aufgestockt. Gleichzeitig wurde auch der für die mittelfristige Investitionstätigkeit wichtige Verpflichtungsrahmen erhöht. Dies lässt hoffen, dass die steigende Investitionstätigkeit im Bundeshaushalt 2008 kein Strohhalm bleibt, sondern mittelfristig angelegt ist.

Wichtiger für die Bauindustrie ist aber vor allem die Entwicklung der kommunalen Investitionstätigkeit. Nachdem die Kommunen bereits 2006 und 2007 Überschüsse erwirtschaften konnten, dürfte diese Entwicklung sich auch im laufenden Jahr fortsetzen. Wir erwarten daher, dass die Kommunen auch 2008 den aufgelaufenen Investitionsstau weiter abarbeiten.

Alles in allem wird die öffentliche Bautätigkeit 2008 das Wachstumsniveau des Vorjahres beibehalten. Die baugewerblichen Umsätze in dieser Sparte steigen um nominal 3%.

Wohnungsbau

Sorgenkind der baukonjunkturellen Entwicklung wird auch 2008 der Wohnungsbau bleiben. Die beschriebenen Vorzieheffekte haben in der ersten Jahreshälfte 2007 zu einem deutlichen Rückgang der Baugenehmigungen geführt. Allerdings wurde der Tiefpunkt im Februar erreicht; danach lagen die Genehmigungszahlen zwar immer noch unter dem Vorjahresniveau, legten aber im Trend zu.

Für 2008 sind gegenüber diesem niedrigen Niveau steigende Genehmigungszahlen und – in der zweiten Jahreshälfte – auch eine steigende Bautätigkeit zu erwarten. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, vor allem bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen – soll auch 2008 weiter anhalten. Zudem sind in vielen wichtigen Wirtschaftsbereichen bereits 2007 für das laufende Jahr Tariflohnsteigerungen in beträchtlichem Umfang beschlossen worden. Die deutliche Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird sich positiv auf den Wohnungsmarkt – und damit auch auf die Bautätigkeit – auswirken.

Weiterhin ist damit zu rechnen, dass die Phase der „Neujustierung“ der privaten Haushalte, die Wohneigentum erwerben wollen, im dritten Jahr nach dem Auslaufen der Eigenheimzulage abgeschlossen ist. Dennoch wird der Wohnungsbau 2008 lediglich auf dem abgeschwächten Vorjahresniveau stagnieren.

Für das Bauhauptgewerbe bedeutet dies insgesamt ein nominales Umsatzwachstum von 3%; bei realer Betrachtung verbleibt noch ein leichtes Wachstum von knapp 1%.

Politische Begleitung notwendig

Trotz der positiven Grundtendenzen in der Bauwirtschaft ist es dringend notwendig, dass die Politik 2008 die richtigen wirtschafts- und investitionspolitischen Rahmenbedingungen setzt. Vor allem muss die Bundesregierung bei der Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme Kurs halten. Für den Standort Deutschland ist es kein gutes Signal, dass sich die Koalitionsparteien auf eine „Rolle Rückwärts“ beim Arbeitslosengeld für Ältere verständigt haben. Wir halten es für einen Fehler, die Agenda 2010 gerade in einem Punkt aufzuweichen, in dem sie unbestreitbare Erfolge vorweisen kann. Immerhin ist im Jahresverlauf 2007 die Arbeitslosigkeit der 55- bis 64-jährigen insgesamt um 20% gesunken, in der Bauwirtschaft bei gewerblichen Arbeitnehmern um 18% und bei Bauingenieuren sogar um 34%.

Die Politik muss auch in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Regierung darf nicht ihre ganze Kraft investieren, um „Nicht-Arbeit“ zu alimentieren, sondern muss sich darauf konzentrieren, für Wachstum und damit auch für Arbeitsplätze in Deutschland zu sorgen.

Gotthard Graß

Innovationsfreudige Elektronik- und Elektrotechnikindustrie bleibt auf Wachstumskurs

Der Weltalektromarkt wird in diesem Jahr um rund 4% wachsen, und auch für 2008 rechnet der ZVEI mit einem Wachstum in der gleichen Größenordnung. Den größten Wachstumsbeitrag wird in beiden Jahren die Region Asien/Pazifik leisten. Hier ist für 2007 ein Plus von 7%, für 2008 ein Plus von 6% zu erwarten. Der europäische Elektromarkt wird in diesem Zeitraum voraussichtlich jeweils um rund 6% wachsen. Einen gewichtigen Anteil am europäischen Wachstum hat die deutsche Elektronik- und Elektrotechnikindustrie, die für 2007 zum vierten Mal hintereinander einen steigenden Gesamtumsatz melden kann: Am Jahresende wird der Gesamtumsatz für das laufende Jahr rund 184 Mrd. Euro betragen. Das entspricht einer Steigerung von etwa 3% gegenüber dem Vorjahr. Rechnet man Sondereffekte der Kommunikationstechnik heraus, die auf die amtliche Statistik durchgeschlagen haben, erzielt die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie ein Plus von 6% und hat damit den im Jahr 2006 gefundenen Anschluss an das Weltmarktwachstum gehalten.

Bei der Ertragslage zeichnet sich für 2007 eine Stabilisierung auf dem 2006 erreichten Niveau ab. 2006 hatte nach der aktuellen ZVEI-Benchmarking-Erhebung die Umsatzrendite vor Zinsen und Steuern bei 6,8% gelegen, nach 5,1% im Vorjahr. Die Eigenkapitalquote ist von 28% 2001 auf mittlerweile rund 36% (2006) gestiegen. Die aktuelle Auftragslage lässt erwarten, dass der Schwung aus

diesem Jahr bis weit in das kommende Jahr reichen wird.

Der Aufschwung ist 2007 auch am Arbeitsmarkt angekommen. Von Januar bis September 2007 hat sich die Zahl der Mitarbeiter in der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie um rund 19 000 auf jetzt 821 000 erhöht. Bis zum Jahresende werden 825 000 Arbeitsplätze erwartet. Dieser Wert entspricht einem Plus von 3% gegenüber dem Vorjahr. Dabei konnte der Beschäftigungsabbau in der Kommunikationstechnik durch zusätzliche Stellen in den Bereichen Automation, Energietechnik, Medizintechnik sowie Kabel und isolierte Drähte mehr als kompensiert werden. Auch für das Jahr 2008 ist von einem moderaten Anstieg der Beschäftigtenzahl auszugehen.

Zu einem Engpassfaktor bei der Erschließung der Innovations- und Wachstumspotenziale der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie könnte der Fachkräftemangel werden. In den nächsten Jahren werden beispielsweise die starken Ingenieursjahrgänge den Arbeitsprozess verlassen, und aufgrund der Alterspyramide wird sich das Problem des Fachkräftemangels deutlich verschärfen. Daher setzen sich zahlreiche Unternehmen der Elektrotechnik- und Elektronikbranche ebenso wie der ZVEI massiv dafür ein, dass bereits Jugendlichen Spaß an Technik vermittelt wird. Eine der Initiativen, die Jugendlichen diesen Spaß nahe bringen soll, ist superstudium.de.

Erneut zählte die Branche zu den innovativsten und investitions-

freudigsten Wirtschaftszweigen in Deutschland. 2007 werden die Investitionen um gut 6% auf über 7 Mrd. Euro steigen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung dürften um 5% zulegen. In der Elektronik- und Elektrotechnikindustrie erreicht damit die so genannte Zukunftsquote wieder rund 10%. Nach einer Innovationserhebung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) versorgt die Elektronik- und Elektrotechnikindustrie am intensivsten andere Wirtschaftszweige mit neuen Technologien, sei es über neue Produkte (23,9%) und neue Verfahren (35,9%), durch den Transfer von Forschung und Entwicklung (FuE) über die Vorleistungen an andere Branchen (so genannte „inkorporierte FuE“) (25,9%) oder Technologieimpulse über Patente (21,2%).

Der ZVEI stellt auch weiterhin die Weichen für Wachstum, mehr Innovationen und die künftige globale Wettbewerbsfähigkeit. Wichtigstes Thema 2008 sind Ressourcenschonung und Klimaschutz. Bis zu zwei Drittel der wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zur Energieeinsparung basieren auf Produkten und Lösungen der Elektroindustrie. Sie ist deshalb Vorreiter in Sachen Energieeffizienz. Von der Wirtschaftspolitik fordert der ZVEI deshalb klare Beschlüsse, die vorhandenen Potenziale konsequent zu nutzen.

Elektrotechnik- und Elektronikindustrie in der Weltwirtschaft

Das Exportwachstum der Elektronik- und Elektrotechnikbran-

che hat sich im dritten Quartal auf rund 3% beschleunigt. Die Importe legten zwischen Juli und September leicht um 1% zu. Im Zeitraum Januar bis September wurde ein Exportplus von 2,3% verbucht, die Importe nahmen in diesen neun Monaten um insgesamt 1,5% ab. Starke Preiseinbrüche haben insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnik (I&K) sowie die Bauelemente getroffen. Lässt man den Bereich I&K außer Acht, ergeben sich für die Exporte folgende Wachstumszahlen: Exporte in die Welt: plus 9%, nach China plus 19%, nach Südostasien plus 10%. Auch bei den Exporten nach Russland und Indien wurden hohe zweistellige Wachstumsraten erzielt. In den 15 „alten“ EU-Staaten stiegen die Exporte um 7%, im Bereich der EU-Beitrittsländer um 12%. Deutlich moderater entwickelten sich die Exporte in die USA mit 2%, bei den Exporten nach Japan ist bislang ein Minus von 9% zu verzeichnen.

Die Dynamik insbesondere im Investitionsgütergeschäft hat sich weiter fortgesetzt. Vor allem die elektrische Automatisierungsbranche in Deutschland boomt. Für 2007 wird hier ein zweistelliges Wachstum erwartet. Das Umsatzplus betrug in den ersten neun Monaten dieses Jahres 12%. Die Auftragseingänge lagen in diesem Zeitraum um 15% über dem Vorjahr, die Exporte über 9%. Die Automatisierungsbranche erweist sich damit als echte Jobmaschine und meldet für 2007 ein Plus von 10 000 auf 221 000 Arbeitsplätze. Die einzige Wachstumsbremse ist hier derzeit der bereits erwähnte Fachkräftemangel.

Mit einem Umsatzwachstum von 13,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum von Januar bis September ist die Energietechnik der zweite Wachstumstreiber in der Investitionsgüterindustrie. Nach wie vor sorgen die Auslandsmärkte für ein kräftiges Wachstum in der Energietechnik. Das Auslandsgeschäft hat um fast ein Fünftel zugelegt, die Exporte sogar um ein Drittel. Die Importrate ist ebenfalls um rund ein Drittel gestiegen. Da das Exportvolumen deutlich höher ist als das Importvolumen, ist der Wachstumsbeitrag des Außenhandels positiv. Der Mitarbeiterzuwachs in diesem Segment liegt bei plus 5% gegenüber dem Jahresanfang.

Gespalten ist das Konjunkturbild der deutschen Medizintechnik. Sie weist in den ersten neun Monaten 2007 ein Umsatzwachstum von 7,9% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf. Der Vergleich von Inlandsumsatz (minus 5%) und Auslandsumsatz (plus 15%) zeigt eine Diskrepanz, die eindeutig mit dem Investitionsstau in der Medizintechnik in Deutschland zu tun hat.

Verhalten hat sich 2007 das Gebrauchsgütergeschäft unserer Industrie in Deutschland entwickelt. Im Bereich Consumer Electronics war von vornherein keine Wiederholung des zweistelligen Wachstums aus dem Vorjahr erwartet worden. Fußballweltmeisterschaft und Mehrwertsteuererhöhung haben hier zu einem deutlichen Basiseffekt geführt. Dennoch wird 2007 im deutschen Markt ein Umsatzplus von knapp 3% auf mehr als 23 Mrd. Euro erwartet. Dazu wird auch das Weihnachtsgeschäft beitragen, in dem Produkte der Unterhaltungselektronik traditionell stark sind. Bei den Hausgeräten ist 2007 eine uneinheitliche Entwicklung zu konstatieren. Während bei den Haushalts-Großgeräten ein Umsatzminus von 4% verbucht werden muss, wuchs der Umsatz mit kleinen Hausgeräten um 4 bis 5%. Mehr Verbraucher als erwartet haben wegen der Mehrwertsteuererhöhung die Käufe in das Jahr

2006 vorgezogen. Haushalts-Großgeräte wie Waschmaschinen oder Kühlschränke waren davon besonders betroffen. Hier wird 2007 eine Delle im Inlandsgeschäft bei weiter zunehmenden Exporten erwartet.

Die anhaltende Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit infolge stark rückläufiger Einfuhrpreise konnte bislang noch durch überlagernde konjunkturelle Effekte kompensiert werden. Der intensive internationale Preiswettbewerb und die Euro-Aufwertung haben einen 8%igen Rückgang der Einfuhrpreise von Januar bis September bedingt. Die starke Aufwertung gegenüber dem Dollar (in den letzten zwölf Monaten +12%) schlägt besonders zu Buche, weil sie nicht nur die Exporte in den Dollarraum beeinträchtigt, sondern auch die Exporte in die zahlreichen Märkte außerhalb der USA, auf denen in Dollar abgerechnet wird, d.h. in die so genannten Dollarmärkte.

Risikofaktoren

Neben dem Risikofaktor Euro-Aufwertung gibt es noch weitere, die die Entwicklung der deutschen Elektronik- und Elektrotechnikindustrie beeinflussen könnten. Zu nennen sind hier die Stichworte Inflation sowie Immobilien- und Hypothekenmarktkrise. Die Inflation im Euroraum sowie insbesondere auch in Deutschland hat zuletzt stark zugenommen. Im November betrug die deutsche Inflationsrate 3% gegenüber dem Vorjahr. Hieraus könnten sich zwei Gefahren ergeben. Erstens könnten steigende Preise die Realeinkommen der Konsumenten und damit den privaten Verbrauch schmälern, der als Hoffnungsträger für das kommende Jahr gilt. Zweitens könnte die EZB sich früher oder später gezwungen sehen, die Zinsen zu erhöhen, was sich dämpfend auf die Konjunktur auswirken dürfte.

zumal eine Zinserhöhung weiteren Aufwertungsdruck auf den Euro ausüben würde.

Bislang sind realwirtschaftliche Verwerfungen aufgrund der US-Immobilien- und Hypothekenkrise ausgeblieben. Der Unsicherheitsfaktor ist aber nach wie vor hoch. Täglich vermelden Kreditinstitute neuen Abschreibungsbedarf. Der Interbankenzins ist nach wie vor sehr hoch, zuletzt ist er bis auf fast

5% gestiegen, was die wichtigsten Zentralbanken jüngst zu einer konzertierten Aktion bewegt hat. Unsicher ist vor allem, wer noch welche Risiken in den Büchern stehen hat. Aktuell droht auch noch der britische Immobilienmarkt stark abzukühlen. Vorsichtig optimistisch für die Realwirtschaft stimmen indes zwei Dinge: Erstens, die Eigenkapitalausstattung der Firmen hat sich in den letzten beiden Jahren

spürbar verbessert. In der Elektroindustrie ist die Eigenkapitalquote – wie oben berichtet – im Jahr 2006 merklich gestiegen. Dies hat die Abhängigkeit von Fremdfinanzierungen etwas reduziert. Zweitens hat sich die Welt heute ein wenig, nicht zuletzt dank des hohen Wachstums in China und anderen asiatischen Ländern, von der US-amerikanischen Konjunkturlokomotive emanzipieren können.

Wilfried Sahn

2007: Ein weiteres Erfolgjahr für die deutsche Chemieindustrie

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahr 2007 trotz schwacher US-Konjunktur kräftig. Der Aufschwung wurde vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe getragen. Insbesondere die Investitionsgüterproduktion wurde weltweit kräftig ausgeweitet. Demzufolge waren chemische Erzeugnisse als Vorleistungen für andere Industriebranchen auf allen Kontinenten sehr gefragt. Die deutsche Chemieindustrie konnte hiervon besonders profitieren. Produktion und Branchenumsatz wuchsen dynamisch. Das Auslandsgeschäft blieb der wichtigste Impulsgeber für die deutsche Chemieindustrie. Aber auch die Inlandsnachfrage zog kräftig an. Viele Kunden dehnten hierzulande ihre Produktion deutlich aus und orderten verstärkt chemische Vorprodukte. Insgesamt konnte die deutsche Chemieindustrie ihr Produktionswachstum des Vorjahres sogar noch steigern.

Die Chemiekonjunktur brummt

Die wirtschaftliche Entwicklung war im Jahr 2007 für die deutsche Chemieindustrie rundum zufrieden-

stellend und deutlich besser, als wir es zu Beginn des Jahres erwarten konnten. Vor einem Jahr haben die Konjunkturforscher es nicht für möglich gehalten, dass sich die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2007 so dynamisch entwickeln würde. Angesichts dieser Einschätzungen waren wir damals von einem Wachstum der Chemieproduktion von lediglich 2% ausgegangen. Das überraschend starke Wirtschaftswachstum führte jedoch dazu, dass die deutsche Chemieproduktion im Jahr 2007 um 4,5% ausgedehnt werden konnte. Bei guter Kapazitätsauslastung von durchschnittlich 87% erreichte der Aufschwung alle Chemiesparten. Wegen des bereits in den Vorjahren erreichten hohen Produktionsniveaus fielen die Zuwachsraten in den Grundstoffsparten mit rund 2% allerdings moderat aus. Die übrigen Chemiesparten hingegen wuchsen sehr dynamisch. Dank der guten Industriekonjunktur konnten die Hersteller von Fein- und Spezialchemikalien ihre Produktionsmengen um 5% ausweiten. Ähnlich dynamisch stieg die Produktion von

Wasch- und Körperpflegemitteln. Die deutsche Pharmaproduktion hat international im Jahr 2007 weiter Boden gut gemacht. Sie wuchs um knapp 10%.

Der Anstieg der Erzeugerpreise hat sich fortgesetzt. Die Chemikalienpreise stiegen im Jahresverlauf um durchschnittlich 2,5%, weil sich der Druck von Seiten der Rohstoff- und Energiemärkte zunehmend verschärft hat. Rohöl verteuerte sich seit Januar um mehr als 50%. Mit dem Ölpreis kletterten auch der Preis für unseren wichtigsten Rohstoff, das Rohbenzin (Naphtha).

Dank der guten Mengenkonjunktur und der erhöhten Erzeugerpreise stieg der Branchenumsatz um 7,5% auf 174,4 Mrd. Euro. Die Geschäfte im In- und Ausland expandierten mit nahezu gleicher Geschwindigkeit. Der Inlandsumsatz lag mit 79,3 Mrd. Euro rund 7% höher als ein Jahr zuvor. Dank der guten Konjunktur in fast allen Absatzmärkten verbesserte sich der Auslandsumsatz sogar um 8% auf 95,1 Mrd. Euro.

Der Chemieexport in die europäischen Nachbarländer legte mit großen Schritten zu. Die Ausfuhren in die südostasiatischen Schwellenländer und in den Mittleren Osten wuchsen sogar noch dynamischer. Hier verzeichneten die Exporte durchweg zweistellige Wachstumsraten. Aufgrund der schwachen US-Konjunktur waren die Ausfuhren nach Nordamerika zwar rückläufig – die gute Jahresbilanz der deutschen Chemieindustrie wurde dadurch jedoch nicht belastet. Die aktuelle Geschäftslage wird von den Unternehmen zum Jahresende 2007 positiv eingeschätzt.

2008 weiter auf Erfolgskurs

Die Branche startet mit Rückenwind ins neue Jahr. Allerdings waren die Geschäftserwartungen in den letzten Monaten rückläufig. Die Prognosen der Konjunkturforscher fallen für 2008 verhaltener aus. Das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes wird sich im kommenden Jahr auf rund 2% abschwächen, das der Industrieproduktion wird sich dabei voraussichtlich halbieren. Die Nachfrage nach Chemikalien wird daher nicht mehr so stark zulegen können wie bisher. Zudem belasten ein starker Euro und hohe Ölpreise die Konjunkturaussichten der deutschen Chemieindustrie. Auch bleibt abzuwarten, ob die Auswirkungen der US-Immobilienkrise das Chemiegeschäft erreichen werden.

Vor diesem Hintergrund wird die deutsche chemische Industrie im kommenden Jahr einen Gang herunterschalten. Für das Gesamtjahr 2008 rechnen wir dennoch mit einer Ausweitung der Chemieproduktion um 2,5%. Das Wachstum wird sich dabei im kommenden Jahr gleichmäßiger auf die einzelnen Chemiesparten verteilen. Lediglich die Pharmaproduktion dürfte stärker zulegen als die restlichen Chemiesparten. Angesichts anhaltend ho-

her Energie- und Rohstoffkosten werden die Chemikalienpreise weiter moderat steigen. Der Branchenumsatz dürfte im kommenden Jahr um 4,5% zulegen. Die deutsche Chemieindustrie blickt mit Zuversicht auf das Geschäftsjahr 2008.

Beiträge zum Klimaschutz

Der Klimaschutz sowie der effiziente Umgang mit Rohstoffen und Energie standen in diesem Jahr im Vordergrund politischer Diskussionen. Für die chemische Industrie haben diese Themen eine doppelte Relevanz: Auf der einen Seite müssen die eigenen Produktionsprozesse möglichst energie- und rohstoffeffizient gestaltet werden. Auf der anderen Seite gilt es Produkte zu entwickeln, die den Energieverbrauch und den Ausstoß von Treibhausgasen in allen Bereichen des täglichen Lebens senken.

Die chemische Industrie gehört zu den energieintensivsten Wirtschaftszweigen. Viele Produktionsprozesse, vor allem in der Grundstoffchemie, benötigen hohe Mengen Energie. Dies ist ein nicht unerheblicher Kostenfaktor. Die deutschen Chemieunternehmen bemühen sich daher seit vielen Jahren, möglichst effizient und ressourcenschonend mit Energie umzugehen. Schon lange vor der ersten Ölkrise hat die Chemieindustrie es geschafft, Wachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln. Die Produktion ist deutlich stärker gewachsen als der Energieverbrauch: Innerhalb von 30 Jahren ist der produktionsbezogene Energieverbrauch um 45% gefallen. Die Produktion ist dagegen im gleichen Zeitraum um das fünffache gewachsen. Strukturwandel und die fortschreitende Modernisierung führten zu einer massiven Steigerung der Energieeffizienz und, damit verbunden, einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Beim Klimaschutz übernahm die Chemieindustrie so eine Vorreiter-

rolle. Bereits 1996 verpflichtete sie sich, den Ausstoß von Kohlendioxid weiter zu senken. Mit Erfolg: Im Jahr 2000 hatten die Chemieunternehmen die von ihnen verursachten CO₂-Emissionen um 30% gegenüber dem Basisjahr 1990 gesenkt. Bis 2012 wird die Chemie den Ausstoß von CO₂ insgesamt um weitere 15% reduzieren. Mit den bestehenden Prozessen werden weitere Minderungen allerdings zunehmend schwieriger und teurer. Daher arbeitet die Branche mit Hochdruck an neuen Verfahren und Technologien, um noch ressourcen- und energieeffizienter produzieren zu können. Schon heute kann man sehen, dass die deutschen Chemieunternehmen im nationalen wie im internationalen Vergleich stärker als viele andere Branchen Beiträge zum Klimaschutz geleistet haben. Sie werden diesen Weg konsequent weitergehen.

Allerdings geht dies weit über die Absenkung von CO₂-Emissionen bei der Produktion hinaus: Die Chemie trägt mit ihren innovativen Produkten entscheidend dazu bei, in anderen Industriezweigen, beim Haus- und Wohnungsbau oder im Verkehr Energie zu sparen. Dank der chemischen Industrie kann somit der Ausstoß von Treibhausgasen auch künftig weiter gesenkt werden.

In Deutschland könnte allein durch eine zeitgemäße Wärmedämmung der Energiebedarf der Gebäude und Wohnungen um bis zu 75% gesenkt werden. Der zusätzliche Aufwand würde sich durch die vermiedenen Energiekosten schnell rentieren. Die Umwelt würde profitieren: Die durch den Heizbedarf der Haushalte hierzulande verursachten CO₂-Emissionen von derzeit 120 Mio. Tonnen pro Jahr könnten um bis zu 70 Mio. Tonnen (60%) reduziert werden.

Bereits heute helfen chemische Produkte dabei, Fahrzeuge kraftstoffeffizienter zu machen. Statt Metall werden in moderne Autos leichte High-tech-Kunststoffe eingesetzt. Der Anteil dieser Kunststoffe hat sich in den letzten 30 Jahren verdreifacht. Auf diese Weise werden jährlich bis zu 500 Mio. Liter Treibstoff eingespart. Das entspricht 1,3 Mio. Tonnen CO₂.

Neben der Einsparung von Ressourcen und der Vermeidung von Emissionen wird in Zukunft die Nutzung erneuerbarer Energien immer wichtiger werden. Auch hier kann nicht auf das Know-how der Chemieindustrie verzichtet werden.

Denn durch sie wird die wirtschaftlich effiziente Nutzung alternativer Energien, wie beispielsweise der Solarenergie, erst möglich.

Die chemische Industrie hat eine Schlüsselrolle für den Klimaschutz. Sie kann die benötigten Produkte und Verfahren für eine effizientere Energienutzung zur Verfügung stellen. Diese Produkte sparen bei Ihrer Verwendung mehr Energie ein, als bei ihrer Herstellung erforderlich ist – ihre Energie- und Klimabilanz ist also positiv.

Wir erwarten von der Bundesregierung und der Europäischen Union, dass sie bei der Energie- und Klimaschutzpolitik die Erfordernis-

se der im starken internationalen Wettbewerb stehenden chemischen Industrie nachhaltig berücksichtigen. Die Politik muss erkennen, dass einseitige nationale oder regionale Maßnahmen, die allein auf eine Verteuerung des Produktionsfaktors Energie ausgerichtet sind, dem Weltklima nur wenig helfen. Stattdessen schwächen diese Maßnahmen den Wirtschafts- und Chemiestandort Deutschland. Langfristig effektiver Klimaschutz lässt sich nur durch Innovationen und technischen Fortschritt realisieren. Die deutsche Chemie spielt dabei mit ihrem technischen Know-how eine zentrale Rolle als Problemlöser.

Ralph Wiechers

Maschinenbaukonjunktur 2007: Aufschwung – und kein Ende?

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau war 2007 wieder einmal für eine kräftige Überraschung gut: Nachdem die VDMA-Volkswirte vor Jahresfrist noch von einem Produktionszuwachs von real 2% ausgegangen waren, erwartet der Verband nun ein Plus von 11%. Das Produktionsvolumen dürfte zum Jahresende den Rekordwert von rund 180 Mrd. Euro erreichen. Und ein Ende der Expansion ist bislang nicht absehbar: Für 2008 prognostizieren Branchenkenner das fünfte Wachstumjahr in Folge. Die Maschinenproduktion soll real nochmals um 5% zulegen.

Boom weckt Leistungsreserven

Zur Erklärung der Fehleinschätzungen sowohl des zu erwartenden Produktionsplus 2007 als auch der Nachhaltigkeit des Aufschwunges muss zunächst auf die Ungewöhnlichkeit des aktuellen Booms verwiesen werden: 2007 war für

den Maschinenbau eines der besten Jahre in der Nachkriegszeit. Ein zweistelliges Plus hat selbst diese für ausgeprägte zyklische Schwankungen bekannte Branche zum letzten Mal 1969 gesehen. Sogar in den Boomjahren nach der Wiedervereinigung blieb es bei einstelligen Zuwachsraten. Aber auch die Dauer des Zyklus ist bemerkenswert: Fünf Jahre ungebrochenes Wachstum konnte der deutsche Maschinenbau letztmalig im Zeitraum 1976 bis 1980 verbuchen. Insbesondere die neunziger Jahre waren demgegenüber geprägt durch eine kurzatmige Konjunktur mit niemals mehr als zwei Wachstumswächsen in Folge und Produktionszuwächsen von maximal 9% in der Summe. Ende 2007 wird die Maschinenproduktion gegenüber 2003 preisbereinigt reichlich 30% über der des Jahres 2003 liegen. Das gab es letztmalig Ende der sechziger Jahre!

Eine weitere Erklärung für die verhaltene Einschätzung ist die zum Zeitpunkt der Prognose bereits außergewöhnlich hohe Kapazitätsauslastung der Maschinenbaubetriebe. Jedes fünfte Unternehmen berichtete bereits im Herbst 2006 über Produktionsbehinderungen durch einen Mangel an Vormaterialien, jedes sechste war gehandikapt durch eine unzureichende Ausstattung mit Maschinen und Fertigungseinrichtungen sowie durch fehlende Arbeitskräfte. Die Situation spitzte sich zum Jahresbeginn 2007 weiter zu. Im März wurde mit einer Auslastung von im Durchschnitt 93% ein seit Bestehen des ifo-Konjunkturtest nie gesehener Rekordwert erreicht. Kurz: Die Betriebe liefen auf Hochtouren, und es war kaum vorstellbar, wie hier noch eine Mehrproduktion herausgekitzelt werden sollte. Tatsächlich investierten die Maschinenbauun-

ternehmen in Deutschland kräftig: Die eigenen Ausgaben für Investitionsgüter lagen 2007 nach Schätzungen des ifo Instituts um rund die Hälfte über dem zugegeben (zu) niedrigen Niveau des Jahres 2003. Und es wurde fleißig Personal rekrutiert: Mit dem Stand vom September 2007 konnte die Branche einen Beschäftigungszuwachs von im Vorjahresvergleich 45 000 Mitarbeitern vorweisen. Darüber hinaus wurden in den Betrieben immense Anstrengungen unternommen, die Fertigungsprozesse zu modernisieren, Durchlaufzeiten zu reduzieren und Engpässe zu beseitigen. Kurz: „Not“ machte erfinderisch, weckte ungeahnte Leistungsreserven und ermöglichte letztlich den genannten Rekordzuwachs.

Hohe Bedarfe in den Transformationsländern

Überschätzt, nicht unterschätzt, wurden die Auswirkungen der sich bereits anbahnenden Verlangsamung der globalen Wirtschaftsleistung, namentlich Nordamerikas. Die Hypothekenkrise in den USA und die durch sie ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten schlugen zwar wie erwartet auf die US-Konjunktur und damit die Investitionsnachfrage durch. Hinzu kamen die massiven Wechselkursverschiebungen zwischen Euro und US-Dollar. Die Maschinenlieferungen in die USA, dem wichtigsten Exportmarkt, sanken jedoch in der Folge – mit dem Stand vom September 2007– nur um etwas mehr als 1% – ein in Anbetracht der Rahmenbedingungen respektables Ergebnis.

Bemerkenswert ist, dass die schwächelnde US-Konjunktur nicht in dem Maße auf andere Länder durchschlagen konnte, wie frühere Zyklen das nahegelegt hätten. Die Weltproduktion expandierte 2007 mit rund 5% nochmals im langjährigen Vergleich weit überdurchschnittlich. Die wirtschaftli-

che Transformation und Integration Indiens und Chinas in die Weltwirtschaft sowie der Investitionshunger der Rohstoff fördernden Staaten beispielsweise im arabischen Raum und in Russland beflügelten 2007 erneut die weltweit ohnehin gute Investitionskonjunktur.

Besonders erfreulich war schließlich, dass die europäische Maschinennachfrage der Gesamtentwicklung nicht mehr hinterherhinkte. Die deutschen Maschinenexporten in die europäischen Nachbarländer expandierten in den ersten acht Monaten des Jahres 2007 mit rund 18% überdurchschnittlich. Das Tempo wurde dabei nicht allein aus den osteuropäischen Reformländern, sondern auch aus dem vermeintlich „alten“ Europa vorgelegt. Die Maschinenexporte in die europäischen Länder legten mit einer einzigen Ausnahme, Irland, zweistellig zu. Das ist deshalb wichtig, weil der Schwerpunkt des deutschen Maschinengeschäfts nach wie vor in Europa liegt. Rund 60% der Ausfuhren sind für europäische Kunden bestimmt, die Hälfte davon gehen in ein Land aus dem Euro-Raum.

Inlandsmarkt als zweiter Wachstumstreiber

Nicht minder wichtig, insbesondere für zahlreiche kleine und mittlere Maschinenbauunternehmen und die „Breitenwirkung“ des Aufschwunges, war und ist die erfreuliche Geschäftsentwicklung auf dem deutschen Heimatmarkt. Nach Jahren der Investitionslethargie sprang der Funke, den die boomende Weltwirtschaft schon vor Jahren geschlagen hatte, 2006 endlich auf die inländische Investitionsnachfrage über. Jahrelang verzögerte Investitionen wurden endlich umgesetzt, Maschinenparks erneuert, immer wieder auf die lange Bank geschobene Projekte realisiert. Sicherlich wurden auch Investitionen vorgezogen,

weil sich die steuerlichen Abschreibungsbedingungen im Zuge der Unternehmensteuerreform 2008 dauerhaft verschlechtern. Die hohe Kapazitätsauslastung der deutschen Wirtschaft macht zudem Erweiterungsinvestitionen unumgänglich. Es bleibt abzuwarten, ob dadurch der steuerlich verursachte Vorzieheffekt kompensiert werden kann.

Sehr gute Auftragslage

Der bislang nachweisbare Auftragseingang – die Orders legten in den ersten zehn Monaten 2007 im Vorjahresvergleich und preisbereinigt um 17% zu – und die aufgelaufenen Auftragsbestände – sie reichten im Oktober für mehr als sechs Monate – stimmen optimistisch, dass 2008 für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau abermals ein Wachstumsjahr wird. Alles, was rohstoff- und infrastrukturnah ist, beispielsweise Bau- und Baustoffmaschinen, Hütten- und Walzwerkseinrichtungen, die Fördertechnik, aber auch die Landtechnik, die zunehmend von neuen Einkunftsöglichkeiten im Bereich Bioenergie profitiert, hat weiterhin einen guten Lauf. Klassische industriennahe Ausrüster wie die Hersteller von Werkzeugmaschinen und Fertigungssystemen, Robotik und Automation oder Kunststoff- und Gummimaschinen haben nachgezogen. Sie dürften noch einige Zeit vom wachsenden Bedarf ihrer Kunden im Maschinenbau, der Metall bearbeitenden Industrie, der Elektrotechnik, aber auch der lange Jahre mit Investitionen eher zurückhaltenden Automobil- und Zulieferindustrie profitieren. Der VDMA rechnet für 2008 deshalb mit einem realen Produktionsplus in der Größenordnung von 5%. Das mag sich im Vergleich der letzten Jahre bescheiden anhören. Doch hinter dem Wachstum steckt für viele Unternehmen ein gewaltiger Kraftakt. Jeder zusätzliche

Prozentpunkt muss in den Konstruktionsabteilungen und Produktionshallen hart erarbeitet werden.

Latente Risiken

Zum Jammern besteht also kein Anlass. Doch es wäre auch unredlich, die Belastungen und Risiken zu verschwiegen. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten haben die Zentralbanken in den letzten Wochen beschäftigt, und auch die spekulativen Übertreibungen im Rohölsegment schüren die Unsicherheit. Die Krise scheint dank des beherzten Eingreifens der Notenbanken beherrschbar, doch die Aufräumarbeiten werden sich bis ins Jahr 2008 hineinziehen und vermutlich auch Spuren in der Realwirtschaft hinterlassen. Die Firmen sind insofern gut beraten, Abstriche am prognostizierten Wachstumstempo zu machen, sollten deswegen aber nicht in eine Krisenrhetorik verfallen.

Hoher Eurokurs kostet Rendite und Marktanteile

Vorsichtiger fällt das Urteil zur Wechselkursentwicklung und deren Folgen aus. Der hohe Eurokurs bläst dem deutschen Maschinen- und Anlagenbau bei den Exporten immer stärker den Wind ins Gesicht. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit europäischer Hersteller hat sich durch die veränderten Währungsrelationen massiv verschlechtert. Das spüren die Maschinenbauer nicht nur im Dollarraum, sondern weltweit. Denn Hauptwettbewerber auf den Weltmärkten sind neben den US-Amerikanern die Japaner. Beide Länder profitieren nicht nur von niedrigeren Wechselkursen. Sie sind wegen der vergleichsweise schwachen heimischen Konjunktur auch lieferfähiger als ihre europäischen Kontrahenten und gehen entsprechend aggressiver in die Verkaufsverhandlungen. So wurde bereits der eine oder andere Auftrag an Wettbewerber aus diesen Währungsräumen ver-

loren. Und bei den Aufträgen, die man erkämpfen konnte, geht der überbeuerte Euro oft zu Lasten der Konditionen. Eine Fakturierung in Euro hilft hier nur bedingt. Für den Kunden wird es definitiv teurer, und er strebt danach, sich den Schaden zu teilen. Selbstredend erlaubt die gute Mengenkonjunktur den Maschinenherstellern, sich auf profitable Aufträge zu konzentrieren und nicht auf jeden Rabattierungswunsch einzugehen. Auf der anderen Seite will niemand lang gewachsene Kunden-Lieferanten-Beziehungen über Gebühr strapazieren.

Wirtschaftspolitik: Wenig Neigung zu unbequemen Reformen

Auch wirtschaftspolitisch ist die insgesamt gute Lage nicht unproblematisch. Das liegt nicht zuletzt an der guten Lage selbst: Unbequeme Reformen findet der Bürger in Zeiten abnehmender Arbeitslosigkeit und sprudelnder Steuerquellen weniger dringlich als in der Krise. Dabei sind die grundlegenden Reformaufgaben noch keineswegs erledigt: Gewiss sind die positiven Auswirkungen der Agenda 2010 auf den Arbeitsmarkt beachtlich und die Rente mit 67, die Einschnitte in den Subventionsdschungel oder die Anstrengungen zum Bürokratieabbau aner kennenswert. Aber ausreichende Vorsorge für die nächste Krise müsste sich unter anderem in grundlegenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme oder in der weiteren Flexibilisierung der Arbeitsmärkte konkretisieren. Auf diesen Feldern scheinen die Grenzen der Reformkraft der großen Koalition jedoch längst erreicht.

Die Bundesregierung betont die Bedeutung unternehmerischer Innovationen für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze in Deutschland. Das ist im Kern nicht zu kritisieren. Sie suggeriert dabei allerdings, schon die Innovationsförderung sei eine trag-

fähige Antwort auf die ungelösten Herausforderungen am Arbeitsmarkt. Fragt man aber zum Beispiel, warum es in Deutschland offenbar unmöglich ist, Handys profitabel zu produzieren, stößt man rasch auf einen Kern des Problems, dem auch kapitalintensive Produktion in Deutschland ausgesetzt ist: Manche High-Tech-Produktion scheitert in Deutschland nicht wegen der Arbeitskosten oder wegen mangelnder Innovationskraft, sondern weil die Minimierung der Kapitalkosten durch flexiblen Einsatz der Maschinen einen entsprechend flexiblen Arbeitseinsatz voraussetzt – und eben der ist erschwert. Die Gefahr, dass die Erfolge der deutschen Innovationsförderung sich in Arbeitsplätzen niederschlagen, die im Ausland entstehen, ist angesichts der deutschen Arbeitsmarktvorfassung nicht von der Hand zu weisen – unabhängig davon, ob Funktionsverlagerungen steuerlich bestraft werden oder nicht.

Nach der Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer steht mit der Reform der Erbschaftsteuer eine weitere grundlegende Neujustierung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen ins Haus. Was sich abzeichnet, läuft auf eine massive Entmutigung deutscher Familienunternehmer hinaus. Zusätzlich zu der Gefahr einer deutlich ansteigenden steuerlichen Belastung werden Unternehmenserben künftig strenge Fortführungsbedingungen über sehr lange Zeiträume erfüllen müssen. Im Kampf zwischen politischen (Wiederwahl-)Interessen und gesamtwirtschaftlicher Vernunft droht letztere zu unterliegen.

Das Feld, auf dem die Bundesregierung den größten Profilierungsehrgeiz entwickelt, ist die Energie- und Klimaschutzpolitik. Unbestritten steht es den Industriestaaten gut an, hier eine Vorreiterrolle zu spielen. Zudem bieten

sich hier Technologieführern beachtliche wirtschaftliche Chancen. Dabei droht zu oft aus dem Blick zu geraten, dass CO₂-Vermeidung und Steigerung der Energieeffizienz nicht allein Fragen der verfügbaren Technik, sondern teuer sind. Hier mehr Ressourcen einzusetzen als wirklich unvermeidbar, geht unweigerlich zu Lasten von Wohlstand und internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Wir haben daher allen Grund, Umwelt- und Klimapolitik auch ökonomisch rational auszugestalten. Das schließt die selektive Förderung bestimmter

Einsparoptionen in der Regel aus und verlangt stattdessen einen Rahmen, in dem Umweltnutzung zum Kalkulationsfaktor wird. Aufklärung über mögliche Kosteneinsparungen durch den Einsatz energieeffizienter Komponenten und Systeme sowie der breite Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente sind Aspekte, auf die unsere Politik setzen sollte.

Die wirtschaftlichen Erfolge des Maschinenbaus und anderer Branchen werden von politischer Seite gern als Ergebnis einer erfolgrei-

chen Wirtschaftspolitik reklamiert. Tatsächlich handelt es sich wohl eher um einen Glücksfall für die Politik. Folgerichtig wäre es fatal, anzunehmen, die Anstrengungen der Unternehmen, Deutschland als Innovations- und Produktionsstandort zu erhalten und nachhaltig zu stärken, politisch nicht mehr begleiten zu müssen oder gar die Belastungsfähigkeit der wirtschaftlichen Akteure auszutesten. Wie in der Wirtschaft gilt auch in der Politik: Auf Dauer ist das Glück nur mit dem Tüchtigen!

Axel Pols

IT und Telekommunikation wachsen moderat – hohe Dynamik bei Software und IT-Services

Unternehmen, Konsumenten und der öffentliche Sektor werden im Jahr 2007 in Deutschland rund 148 Mrd. Euro für Produkte und Dienstleistungen der IT- und Telekommunikationsbranche ausgeben. Dies entspricht einem Plus von 1,3% gegenüber dem Vorjahr. Das ist weniger als zu Jahresbeginn erwartet und im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eher bescheiden. Hinter dem moderaten Wachstum des ITK-Gesamtmarkts stehen allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungen der großen Teilmärkte. Während Informationstechnik (IT) und digitale Consumer Electronics kräftig zulegen, wirkt der Telekommunikationsmarkt als Wachstumsbremse. Die Ausgaben für Informationstechnik wachsen voraussichtlich um 3,5% auf gut 72 Mrd. Euro. Der Umsatz mit digitaler Konsumelektronik überschreitet in diesem Jahr mit einem Plus von knapp 7% erstmals die Schwelle von 10 Mrd. Euro. In der Telekommunikation sind die Umsätze dagegen rückläufig,

erwartet wird ein Minus von 1,8% auf rund 65 Mrd. Euro. Entscheidend für den Rückgang ist die Umsatzentwicklung in der Sprachtelefonie, d.h. bei Telefongesprächen per Handy oder Festnetz.

Preisdruck in der Telekommunikation

Hervorzuheben ist, dass die negative Umsatzentwicklung in der Sprachtelefonie keinesfalls durch eine schwächelnde Nachfrage verursacht ist. Im Gegenteil, die Telekommunikation und gerade auch die Sprachtelefonie erleben derzeit einen regelrechten Boom: Noch nie wurde so viel telefoniert wie heute. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Gesprächsminuten um fast 7%. Dabei gibt es deutliche Verschiebungen vom Festnetz hin zum Mobilfunk. Bereits seit zwei Jahren sinkt das Gesprächsvolumen im Festnetz. Dagegen legt es im Mobilfunk rapide zu – allein im Vorjahr um ein Drittel. Noch dynamischer, wenngleich auf absolut niedrigerem Niveau, entwickelt sich die Telefo-

nie über das Internet und über Kabel. Über Kabel wurde 2006 mehr als doppelt so viel telefoniert wie 2005, das Gesprächsvolumen per Internet (Voice over IP, kurz VoIP) hat sich gar vervierfacht. Auf die Umsatzentwicklung wirkt sich dieser Boom genau gegenteilig aus: In der Festnetztelefonie ist im laufenden Jahr mit einem Umsatzminus von 7% im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen. Eine Trendwende ist nicht zu erkennen. Es gibt klare Gewinner dieser Entwicklung: Die Kunden. Sie profitieren von permanent sinkenden Preisen. Im Mobilfunk sind in den vergangenen zwei Jahren die Tarife um 15% gesunken. Die Umsätze werden daher im laufenden Jahr voraussichtlich um 2,5% auf knapp 23 Mrd. Euro zurückgehen. Für 2008 darf mit einer Stabilisierung gerechnet werden.

Für den aktuellen Rückgang sind einige Sondereffekte verantwortlich. Vor dem Hintergrund von Entscheidungen der Regulierungsbehörde beziehungsweise der EU-

Kommission haben die Mobilfunkbetreiber die Terminierungsentgelte und Preise für das internationale Roaming sehr deutlich gesenkt. Die Terminierungsentgelte regeln die Tarife für die Weiterleitung von Gesprächen in andere Netze im Inland, das internationale Roaming die Weiterleitung von Gesprächen im Ausland.

Die größte Dynamik steckt derzeit in den Datendiensten. Sie gewinnen kontinuierlich an Bedeutung. Einige Mobilfunkbetreiber machen heute bereits mehr als 10% ihrer Service-Umsätze mit reinen Datendiensten – ohne SMS. Auch im Festnetz darf weiter mit einem soliden Wachstum der Datendienste gerechnet werden: Anfang 2008 wird die Hälfte aller Haushalte in Deutschland einen schnellen Internetanschluss haben. Breitband per DSL oder TV-Kabel entwickelt sich zum Standard-Internetzugang. Laut einer BITKOM-Umfrage gehen schon heute 70% aller Internethaushalte mit Breitband ins Web. Das wirkt sich positiv auf die Geschäfte der Internetprovider aus.

Wachstumstreiber Software und IT-Services

Sehr positiv entwickelt sich derzeit auch die Nachfrage in der Informationstechnik. Der IT-Branche kommt dabei die insgesamt robuste Konjunktur zugute. Bei IT-Hardware stabilisieren sich die Umsätze im Jahr 2007 auf Vorjahresniveau, während die Absatzzahlen kräftig zulegen. Die Zahl der verkauften PCs steigt 2007 um gut 6% und wird im kommenden Jahr erstmals die Zehn-Millionen-Marke überschreiten. Im professionellen Umfeld bekommt der Markt Auftrieb durch das so genannte „Green Computing“. Die Kunden achten verstärkt auf den Energieverbrauch von Servern und PC-Parks und fragen Geräte nach, die möglichst energiesparend arbeiten. Green IT ist auch ein Software-Thema. Für

den in diesem Zusammenhang maßgeblichen Markttrend steht das Schlagwort der „Virtualisierung“. Sie ermöglicht es, Rechenkapazitäten mit Hilfe intelligenter Programme besser auszunutzen und auf diese Weise Energie zu sparen. Gleichzeitig hilft Software, den Energieverbrauch von Haushalten und Unternehmen signifikant zu senken. Der Fachbegriff lautet „E-Energy“. Für zusätzlichen Schub sorgt die Erneuerung der Software-Systeme durch serviceorientierte Architekturen – kurz SOA. Diese ermöglicht es, Programme flexibel den betrieblichen Abläufen anzupassen. Diese und weitere Entwicklungen führen dazu, dass der Umsatz mit Software im laufenden Jahr insgesamt um 6% ansteigt und 2008 in der gleichen Größenordnung zulegen dürfte. Neben Software stehen IT-Dienstleistungen an der Wachstumsspitze. Besonders dynamisch entwickeln sich die IT-Investitionen im Outsourcing-Bereich. Hier gibt es in Deutschland gerade auch im Vergleich zu anderen führenden Industrieländern nach wie vor einen Nachholbedarf und damit ein auch mittelfristig überdurchschnittliches Wachstumspotenzial.

Außenhandel: Konzentration auf den EU-Binnenmarkt

Nachdem der Export von ITK-Hardware und -Systemen im Jahr 2006 um 5,5% gegenüber 2005 zugelegt hatte, entwickelt sich das Auslandsgeschäft im laufenden Jahr etwas schwächer. Diese Entwicklung ist allerdings ausschließlich auf stark rückläufige Exporte (-26%) im Bereich der TK-Hardware zurückzuführen. Hier macht sich nicht zuletzt die Insolvenz eines großen Handy-Herstellers bemerkbar. Der Export von IT-Hardware und Consumer Electronics stieg bis einschließlich September gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6% bzw. um 18%. Insgesamt

werden dieses Jahr voraussichtlich ITK-Güter im Wert von etwa 45 Mrd. Euro exportiert – das sind rund 2% weniger als 2006. Das Importvolumen dürfte bei 56 Mrd. Euro liegen (-4% gegenüber dem Vorjahr), d.h., es ergibt sich ein negativer Handelsbilanzsaldo von etwa 11 Mrd. Euro. Der Import und Export von ITK-Dienstleistungen (Software, IT-Dienstleistungen, TK-Dienste) hält sich dagegen in etwa die Waage. Im ersten Halbjahr 2007 wurden Dienstleistungen in der Größenordnung von 6 Mrd. Euro exportiert und in nahezu gleichem Umfang importiert.

In Hinblick auf die anhaltende Schwäche des US-Dollar lässt sich festhalten, dass die deutsche ITK-Branche davon insgesamt weniger betroffen ist als andere wichtige Industriezweige. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: die im Vergleich zu anderen Branchen geringere Exportabhängigkeit der ITK-Branche und ihre starke regionale Ausrichtung auf Europa. Rund 70% der Exporte gehen in EU-Mitgliedsländer, weniger als 5% (Güter) bzw. rund 15% (Dienstleistungen) in die USA. Für manche Unternehmen bedeutet der schwache Dollar allerdings durchaus eine erhebliche Belastung, insbesondere, wenn die Kosten größtenteils in Euro anfallen, während die Erlöse überwiegend in US-Dollar fakturiert werden.

Für das Jahr 2008 rechnet der BITKOM mit einem moderaten Exportwachstum. Während das Wachstum insbesondere im Bereich Consumer Electronics etwas abflachen dürfte, sollte der Basiseffekt bei TK-Ausrüstungen und -Geräten für eine deutlich positivere Exportentwicklung als in diesem Jahr sorgen.

Arbeitsmarkt: Fachkräftemangel bremst Wachstum

Im Jahresverlauf hat der Fachkräftemangel in der IT-Branche kontinuierlich zugenommen. Das

belegen die vierteljährlichen BITKOM-Umfragen zur Geschäftsentwicklung. Gemäß einer im Oktober im BITKOM-Auftrag durchgeführten repräsentativen Umfrage zur Fachkräftesituation sieht mehr als die Hälfte der befragten ITK-Unternehmen einen Mangel an Fachkräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Drei Viertel dieser Firmen geben an, dass der Fachkräftemangel die Geschäftsentwicklung ihres Unternehmens behindert, fast die Hälfte sieht im Fachkräftemangel sogar ein großes oder sehr großes Problem für die Geschäftsentwicklung. Kleine und mittelständische Unternehmen sind besonders stark von den Auswirkungen betroffen.

Gesucht werden vor allem Software-Entwickler, aber auch IT-Manager und Qualitätsmanager. Die Umfrage zeichnet sicherlich eine Momentaufnahme, allerdings gibt es kaum Hoffnung, dass bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen Besserung eintreten wird. Eher im Gegenteil – darauf deuten die Daten zur demographischen Entwicklung in Deutschland. Was ist angesichts dieser Entwicklung zu tun? Eine zukunftsfähige Hightech-Fachkräfte-Politik basiert aus Sicht des BITKOM auf einem ausgewogenen Maßnahmenbündel, das die Weiterentwicklung des nationalen Arbeitsmarktes forciert, Chancen der Zuwanderung Hochqualifizierter nutzt und Deutschland im Ausland als attraktiven Investitions- und Arbeitsstandort darzustellen weiß.

Ausblick: strategische Wachstumfelder erschließen

Für das Jahr 2008 rechnet der BITKOM mit einem Wachstum des deutschen ITK-Markts in der gleichen Größenordnung wie im laufenden Jahr. Insgesamt dürfte das Wachstum etwas über dem für dieses Jahr erwarteten Plus von 1,3% liegen. Ausschlaggebend dafür ist

die erwartete Stabilisierung auf dem Telekommunikationsmarkt. Der IT-Markt sollte – sofern externe Schocks ausbleiben – wiederum ein Plus von rund 3,5% erreichen können. In Bereich der digitalen Consumer Electronics wird sich das Ausgabenwachstum hingegen etwas abschwächen: Dafür sorgt der nicht mehr ganz so rasant wie in den Vorjahren steigende Umsatz mit Flachbildfernsehern, der ein Drittel des Markts für digitale Consumer Electronics ausmacht.

Damit die ITK-Branche in Deutschland in den kommenden Jahren dauerhaft wachsen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen kann, muss sie führende Positionen in zukunftsträchtigen Wachstumfeldern erreichen. In einer gemeinsamen Studie mit Roland Berger hat BITKOM eine Reihe von für die deutsche ITK-Industrie besonders interessanten Wachstumfeldern identifiziert und eingehend analysiert.¹ Exemplarisch seien hier drei dieser Felder kurz vorgestellt: Eingebettete Systeme, IT Utility Services und die oben bereits erwähnten serviceorientierten Architekturen.

Eingebettete Systeme sind programmierbare elektronische Subsysteme, die in Geräte aller Art eingebaut werden. Sie finden sich in miniaturisierten Geräten wie Herzschrittmachern und Handys ebenso wie in Großgeräten wie Computertomographen. Entsprechend vielfältig sind die Abnehmerbranchen: Neben Herstellern von Telekommunikationsgeräten zählen dazu Automobilbau, Medizintechnik und der Maschinen- und Anlagenbau. Der Weltmarkt von eingebetteten Systemen umfasst über 135 Mrd. Euro und wächst jährlich um 9%; deutsche Firmen sind dabei gut positioniert.

¹ Siehe <http://www.bitkom.org/de/publikationen/38338.aspx>.

Der Begriff *IT Utility Services* steht für die Bereitstellung von IT-Kapazitäten sowie zugehörige Dienstleistungen: Bei Software-as-a-Service (SaaS) stellt der Anbieter auf einem Server Anwendungen bereit; der Nutzer zahlt für den Zugriff je nach Umfang oder Dauer der Nutzung. Beim Utility Computing erhalten die Kunden über Datenleitungen Rechenleistung oder Speicherkapazität. Beide Modelle kommen dem wachsenden Flexibilitätsbedarf der Unternehmen entgegen: Die Leistungen sind skalierbar, beim Nutzer wird kein Eigenkapital gebunden. Der Weltmarkt soll bis 2010 auf ca. 106 Mrd. Euro anwachsen.

Serviceorientierte Architekturen (SOA) bilden die Geschäftsvorgänge von Unternehmen durch Services ab, die über eine gemeinsame Softwareplattform kommunizieren. Sie ermöglichen eine effizientere Gestaltung der Unternehmensorganisation durch die IT und werden sich daher rasch ausbreiten: Für 2010 schätzt man das Weltmarktvolumen auf knapp 40 Mrd. Euro. Die deutsche Softwareindustrie ist in diesem Markt gut aufgestellt und profitiert hier insbesondere von ihrer hohen Prozesskompetenz.

Die strategische Bedeutung dieser Wachstumfelder ergibt sich neben ihrem Wachstumspotenzial vor allem aus ihrer hohen Querschnittsrelevanz, d.h. ihrer Bedeutung als Basis für andere Technologien bzw. für die Geschäftsmodelle anderer Branchen. Dies ist ein entscheidender Punkt: Viele Produkt- und Prozessinnovationen in anderen Wirtschaftszweigen basieren maßgeblich auf Entwicklungen der ITK-Wirtschaft. Deshalb ist die IT- und Telekommunikationsbranche seit Jahren einer der wichtigsten Treiber von Innovationen – Tendenz zunehmend.